

Pressemitteilung

26. August 2014

SPD verhindert die Zukunft der Schulsozialarbeit in Leverkusen

Die für dieses Jahr 2014 noch gerettete Schulsozialarbeit steht vor dem Aus

Auf Betreiben der SPD hat die Mehrheit des Rates in der Sitzung am 25.08.2014 einen äußerst fragwürdigen Beschluss gefasst.

Der Verweis, die Schulsozialarbeit künftig aus „überschüssigen Rückstellungen in Höhe von 3,9 Mio. Euro aus dem abgeschlossenen Klageverfahren „Rossmann““ zu finanzieren, ist unsolide und haushaltsrechtlich nicht machbar.

Mehrmals wies warnend Kämmerer und Rechtsdezernent Frank Stein darauf hin, dass ein solcher Beschluss, sollte er gefasst werden, rechtlich beanstandet werden müsse.

Minderausgaben bei Pflichtaufgaben fließen direkt in den Haushalt und verringern die Schuldenlast des städtischen Haushaltes. Eine beliebige Verwendung für sog. „freiwillige Aufgaben“ ist nicht möglich.

Wer sich wie SPD, Bürgerliste und FDLev vordergründig für die beabsichtigte Sicherung von 10 Schulsozialarbeitern für 2015 und nachfolgende Jahre ausspricht und dann nicht sagt, woher das Geld dafür verlässlich kommen soll, handelt heuchlerisch.

Wer sich von dem einstimmigen Beschluss des Rates vom 09.12.2013 zu einem kommunalen Leverkusener Programm „Kommunale Verantwortung – 10 Schulsozialarbeiter für 2015“ auf diese Weise verabschiedet, lässt die Schulsozialarbeiter und insbesondere die betroffenen Kinder im Regen stehen.

Die Schulen haben nach allen bisherigen Bekundungen aus der Politik darauf vertraut, dass konzeptionell und finanziell die Schulsozialarbeit auch in Zukunft fördernd und präventiv wirken kann. Dieses Vertrauen wird nun bitter enttäuscht.

Statt in die Pflicht zu nehmen, lehnt die Leverkusener SPD aus parteipolitischen Gründen die Verantwortung des SPD-geführten Landes NRW ab, obwohl Schule und Bildung Ländersache sind. Hier sei auf Baden-Württemberg, Thüringen, Bayern u.a. verwiesen, die ihre Kommunen bei der Finanzierung der Schulsozialarbeit unterstützen. Offensichtlich sieht die SPD auch keine Mitverantwortung mehr beim Bund, der im Jahre 2011 im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) die Einstellung der Schulsozialarbeiter - befristet bis Ende 2013 - auf den Weg gebracht hatte.

Aus Verantwortung gegenüber den jungen Bürgerinnen und Bürgern war zum jetzigen Zeitpunkt eine positive Entscheidung des Leverkusener Rates zum Beibehalt unserer Schulsozialarbeiter sowie zu einer verlässlichen und auf Dauer angelegten Finanzierung dringend erforderlich.

Aufgrund des parteipolitisch bestimmten Geplänkels von SPD, Bürgerliste und FDLev ist die Leverkusener Schulsozialarbeit zunächst einmal ohne Perspektive.



Ratsherr Bernhard Marewski
CDU

gez.
Bündnis 90/Die Grünen

gez.
Opladen plus